



Tritium-kontaminiertes Abwasser trat am 25. November in einen wasserdichten Tank unterhalb des Atomkraftwerks Tricastin aus. Die Behörde für nukleare Sicherheit versichert, dass kein Risiko bestehe, da die Verschmutzung auf das Innere des Geländes beschränkt sei. Doch nach der Klage eines ehemaligen leitenden Angestellten werden die Zweifel von Atomkraftgegnern genährt.

„Großes radioaktives Leck im AKW Tricastin“. Seit dem Artikel, der am Sonntag von Mediapart veröffentlicht wurde, wird die Diskussion zwischen Befürwortern und Kritikern der Atomindustrie in Frankreich wieder lauter.

Die am 20. Dezember veröffentlichte Information hatte jedoch nur zu einigen kurzen Artikeln in der Lokalpresse geführt, die sich an die Schlussfolgerungen von EDF gehalten hatte: „Dieses Ereignis hat keine gesundheitlichen Folgen.“ Die französische Behörde für nukleare Sicherheit (Autorité de sûreté nucléaire) hatte den Betreiber am 23. Dezember entlastet und den Vorfall auf Stufe 0 der internationalen Skala für nukleare Ereignisse INES eingestuft. Unter Ereignissen der Stufe 0 sind ungewöhnliche Vorkommnisse zu verstehen, die Abweichungen von den erwarteten Standards zeigen, aber aus Sicht der nuklearen Sicherheit keine Konsequenzen haben.

Lesen Sie auch: Tricastin: Atomar verseuchtes Wasser tritt aus dem Atomkraftwerk aus

In Frankreich gibt es bis zu drei solcher Ereignisse pro Tag. Warum zieht dieses Ereignis also mehr Aufmerksamkeit auf sich als die anderen? Wahrscheinlich ist es nicht so sehr das Ereignis selbst, das sich am 25. November 2021 ereignete, sondern der politische Kontext in einer Zeit des Vorwahlkampfs.

Zunächst zu den Fakten: Zwischen dem 25. November und dem 8. Dezember 2021 sickerten 900 Liter tritiumhaltige Abwässer in den Boden und verursachten eine anormale radiologische Aktivität, wobei der Höhepunkt der Verschmutzung am 12. Dezember in der unterirdischen Wanne erreicht wurde. Die Behörde für nukleare Sicherheit (ASN) erklärte die Verschmutzung am 23. Dezember für „auf das Innere der geotechnischen Umschließung des Standorts begrenzt“.

Eine Klage wegen „Gefährdung des Lebens anderer“ und „Verstößen gegen das Umweltgesetzbuch“

Anfang Oktober 2021 reichte ein EDF-Manager, ein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung des Kraftwerks Tricastin, beim Pariser Gericht Klage ein, um eine „Politik der Vertuschung“ von Sicherheitsvorfällen und -abweichungen anzuzeigen.



Lesen Sie dazu auch: Kernkraftwerk Tricastin: Manager prangert "Politik des Verschweigens" an und erstattet Anzeige

Seine Klage wegen „Gefährdung des Lebens anderer“ und „Verstößen gegen das Umweltgesetzbuch“ ist ein Warnsignal für den Betreiber EDF, das besser daran täte, nach jedem Vorfall schneller und vollkommen transparent zu berichten, wenn er nicht will, dass die Vorfälle von Atomkraftgegnern, die im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen energischer und lauter denn je sind, erfolgreich benutzt werden.

Lesen Sie auch: Kernenergie: Frankreichs älteste Reaktoren zehn Jahre länger am Netz